

Frage der Finanzierung beschäftigt den Landtag

VADUZ Die bezahlte Elternzeit wird auch in Liechtenstein kommen, das war auch im Landtag unumstritten und ist dank einer im August 2022 in Kraft tretenden EU-Richtlinie auch unabdingbar. Diese sieht einen bezahlten Elternurlaub von vier Monaten vor, der zwischen den Elternteilen aufgeteilt werden kann. Die Fragen, die nun im Raum stehen, sind jedoch, wie viel diese Zeit kosten wird und wie sie organisiert und finanziert werden könnte. Eine erste Diskussionsgrundlage bildete gestern jedoch bereits die Beantwortung der Interpellation der Freien Liste zu genau diesem Thema. 30,5 Million Franken jährlich würde die bezahlte Elternzeit laut einer ersten Berechnung der Regierung kosten. Dies beruht auf der Zahl der Personen, die 2018 anspruchsberechtigt gewesen wären, und einer Vergütung von 80 Prozent des Medianlohns. Finanziert werden könnte dies laut Interpellationsbeantwortung über Arbeitnehmer, Arbeitgeber und den Steuerzahler. Die Regierung nennt hier beispielsweise die **Familienausgleichskasse (FAK)**, das Krankentaggeld oder ein dafür geschaffenes neues Sozialwerk.

FAK bevorzugt

In ihren Wortmeldungen bevorzugten die Abgeordneten Daniel Oehry, Alexander Batliner und auch Gunilla Marxer-Kranz (VU) **eine Finanzierung über die FAK**. Diese sei dafür geradezu prädestiniert. Jedoch müsse hier auch eine Lösung gefunden werden, wie die **FAK** diese zusätzliche Belastung fi-

nanzieren können, ohne dass die Beiträge zu sehr in die Höhe schnellen. Ohne diesbezügliche Veränderungen sei die in der Interpellation vorgebrachte Vergütung von 80 Prozent des Medianlohns über die **FAK** auf jeden Fall nicht finanzierbar, betonte Daniel Oehry (FBP). Die Höhe der Vergütung der Elternzeit müsse laut seinem Parteikollegen Alexander Batliner in der kommenden Legislaturperiode noch genauer diskutiert werden. «Die EU spricht von «angemessener Vergütung». Es wird einen politischen Entscheid benötigen, was darunter verstanden wird», so Batliner. Diese bis Sommer 2022 zu treffende Entscheidung werde den Abgeordneten zufallen, die im Februar in den Landtag gewählt werden.

Sowohl er als auch Oehry gaben der künftigen Regierung und auch dem Landtag ein paar Anregungen mit auf den Weg. So müsse eine unverhältnismässige Belastung von Arbeitnehmern verhindert werden. Dies gelte besonders für KMU mit wenigen Mitarbeitern, die einen Grossteil der Unternehmen des Landes ausmachen. Gleichzeitig unterstrich Batliner auch, dass die Elternzeit nur als eine Komponente der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er spricht hier in Bezug auf die Einschätzungen der Arbeitsgruppe «Familienpolitik» die Förderung und Etablierung von Teilzeitstellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen für Mütter und Väter, die Erweiterung der Blockzeiten und der Betreuungsangebote in den Schulen sowie das Kindergartenobligatorium an, deren Umsetzung ebenfalls geprüft werden sollten. (alb)